



Das württ. - badische Flüchtlingsproblem

im Rahmen des Flüchtlingsproblems des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.



V
632

Das württ.-badische Flüchtlingsproblem im Rahmen des
Flüchtlingsproblems des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Württemberg-Baden gilt in der deutschen Öffentlichkeit als ein wohlhabendes und krisenfestes Land. Aus dieser - teilweise scheinbaren Erkenntnis - wird der Schluss abgeleitet, dass Württemberg-Baden in der Lage wäre, im Rahmen eines Flüchtlingsausgleiches weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Diesem Schluss stehen aber eine ganze Reihe gewichtiger Tatsachen gegenüber, die man keinesfalls in ihrem Ausmass und ihrer Wichtigkeit übersehen kann.

1. Grundlegende Voraussetzung ist exakt vergleichbares Zahlenmaterial der gesamten Statistik. Dieses Zahlenmaterial fehlt heute in der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik. Schon die Zahlen über den Stand der heutigen Bevölkerung in den einzelnen Ländern sind stark anfechtbar. Es steht nur die Verbraucherbevölkerung bis Ende 1948 zur Verfügung, die selbst wiederum durch Schätzungen berichtigt werden muss. Im Laufe der Jahre 1947 und 1948 hat sich nämlich gezeigt, dass die Verbraucherbevölkerung infolge von Doppelzählungen zum Teil stark überhöht war, insbesondere in der brit. Zone; so war nach verschiedenen Berechnungsarten die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen um 500 000 bis 1 Mill. zu hoch angesetzt. Auch die Flüchtlingszahlen sind meist recht zweifelhaft, weil der Flüchtlingsbegriff in den vergangenen Jahren in den einzelnen Ländern wenig einheitlich war und auch heute noch nicht einheitlich ist. Es steht für die einzelnen Länder nicht fest, welche Bevölkerungskreise in die Flüchtlingsstatistik eingerechnet werden; dies gilt vor allem hinsichtlich der Einrechnung eines Teiles der Evakuierten aus der Sowjetischen Besatzungszone und Groß-Berlin und der Einrechnung der Lebendgeborenen aus der Flüchtlingsbevölkerung. In Württemberg-Baden werden die Geburten nicht eingerechnet. Durch die Einrechnung würde sich die auf 1.7. 1949 ermittelte Flüchtlingszahl von 697 660 auf etwa 725 600 erhöhen.

Der Anteil der Flüchtlinge an der Wohnbevölkerung (ohne Ausländer in Lagern) beträgt nach dem Stand vom 1.1.1949 in Württemberg-Baden

in den übrigen Ländern der US- und britischen Zone

nach der Flüchtlingszahl des
Beauftragten für das Flücht-
lingswesen
einschl. Flüchtl. Geburten

17,8 vH
18,4 vH

16,94 vH
davon:
Bayern 20,8vH
Schleswig-
Holstein 33,7vH

2. Diese Prozentanteile geben aber nur die rechnerische Stärke der Flüchtlingsbevölkerung bzw. der gegenüber früher neu zugezogenen Bevölkerung an. Sie besagen hinsichtlich des mehr oder minder starken Bevölkerungsdruckes innerhalb eines Landes gar nichts aus. Für den Flüchtlingsausgleich ist aber einzig der vorhandene Bevölkerungsdruck massgebend. Dieser Druck und im besonderen der Überdruck kann nur durch die Bevölkerungsdichte (auf 1 qkm Personen) ausgewiesen werden.

In dieser Beziehung ist zu unterscheiden zwischen Ländern mit geringer, höherer und höchster Dichte. Vor Kriegsausbruch (am 17.5.1939) zählten zu den Ländern mit geringem Bevölkerungsdruck Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein, eine mittlere Dichte hatte Hessen, eine wesentlich höhere Ziffer Württemberg-Baden, die höchste Ziffer (von Hamburg und Bremen abgesehen) Nordrhein-Westfalen:

auf 1 qkm kommen 1939 Personen

Niedersachsen	96,1
Bayern	100,2
Schleswig-Holstein	101,5
Hessen	164,8
Württemberg-Baden	204,9
Nordrhein-Westfalen	350,5

Es liegt an sich nahe, dass neue Bevölkerung in erster Linie im Gebiete mit geringem Bevölkerungsdruck eingeschleust wird. Die Entwicklung des Zustroms neuer Bevölkerung in die einzelnen Länder ist wesentlich durch die un gelenkte Flucht grosser Bevölkerungsmassen aus dem Osten des Reiches und aus dem Auslande von Ende 1944 beeinflusst. Diese Flucht ging zunächst in die vom gegnerischen Vormarsch weniger bedrohten Gebiete von Schleswig-Holstein und Bayern, zum Teil gilt dies auch für Niedersachsen, wohin im besonderen nach der Räumung von Mitteldeutschland durch die Westmächte grosse Massen aus dem Osten und Mitteldeutschland abwanderten. Als später der weitere Flüchtlingszustrom mehr und mehr gelenkt werden konnte, wurde die Zuführung von Flüchtlingen in diese Länder stark gedrosselt. Diese Zufluchtsländer sind nun gerade Länder mit geringer Bevölkerungsdichte. Die geringe Dichte ist auch der Grund, warum die hier zugewanderten Massen weiterhin verblieben sind.

Im Gegensatz zu diesen Ländern geringer Bevölkerungsdichte ist der Zustrom von Flüchtlingen in Länder mit hoher Dichte verhältnismässig gering gewesen. So hatte Nordrhein-Westfalen bei einer Dichte von 351 Personen je qkm im Jahre 1939 diese Dichte am 29.10.46 (Volkszählung) noch nicht einmal erreicht und in der Sowjet. Besatzungszone hatte das dortige Land mit dem höchsten Bevölkerungsdruck, das ^{Land} Sachsen, seine Dichtezahl von 321 auf nur 325 erhöht.

Eine Ausnahme macht Württemberg-Baden. Trotzdem Württemberg-Baden nach Nordrhein-Westfalen (von Hamburg und Bremen abgesehen) die höchste Bevölkerungsdichte von Westdeutschland hat, ist hier die Dichteziffer von 205 im Jahre 1939 auf 234 am 29.10.46 gestiegen und hat sich weiter bis 1.1.49 auf fast 248 erhöht. In den einzelnen Zeitabschnitten ist die Verdichtung der Bevölkerung in den Ländern mit geringerer und höherer Bevölkerungsdichte folgende:

Land	Auf 1 qkm kommen Personen			Zunahme: Personen je qkm		
	1939	29.10.46	1.1.49	1939/46	1946/49	1939/49
Schleswig-Holstein	101,5	169,2	175,3	67,7	6,1	73,8
Niedersachsen	96,1	136,2	145,9	40,1	9,7	49,8
Bayern	100,2	128,6	132,9	28,4	4,3	32,7
Nordrhein-Westfalen	350,5	346,2	374,5	- 4,3	28,3	24,0
<u>Württemberg-Baden</u>	204,9	234,1	247,5	<u>29,2</u>	<u>13,4</u>	<u>42,6</u>
Hessen	164,8	192,5	203,2	27,7	10,7	38,4
Sowjet. Zone						
Mecklenburg	63	91	?	28	.	.
Brandenburg	89	93	?	4	.	.
Sachsen-Anhalt	140	170	?	30	.	.
Thüringen	155	187	?	32	.	.
Sachsen	321	325	?	4	.	.

Gegenüber der Bevölkerungsdichte von 1939 hat die Hereinnahme von Flüchtlingen und anderen landfremden Personen bis 1.1.49 in Württemberg-Baden die Dichtezahl je Quadratkilometer um 42,6 Personen erhöht, in Schleswig-Holstein um fast 74 und in Niedersachsen um etwa 50, in Bayern aber nur um 32,7. Württemberg-Baden steht demnach bei der Erhöhung des Bevölkerungsdruckes vor Bayern an 3. Stelle im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Die höhere Belastung von Württemberg-Baden durch die Zuwande-

rung ergibt sich auch aus einer Sonderberechnung, wieviele Flüchtlinge bzw. Flüchtlinge, Evakuierte und Ausländer (ausserhalb und in Lagern) auf einen Quadratkilometer kommen. Mit diesen Ziffern steht Württemberg-Baden nach Schleswig-Holstein vor Niedersachsen sogar an 2. Stelle.

Die Ziffern lauten:

auf 1 qkm kommen am 1.1.1949

	Flüchtlinge	Flüchtlinge, Evakuierte und Ausländer
Schleswig-Holstein	58,6	71,2
<u>Württemberg-Baden</u>	<u>43,5</u>	<u>53,5</u>
Niedersachsen	37,3	48,6
Hessen	30,6	40,4
Nordrhein-Westfalen	30,7	36,3
Bayern	27,2	36,1

Bei dieser Beziehungszahl steht Bayern nach Nordrhein-Westfalen ganz am Schluss der Reihe.

Diese Zahlen und Ziffern müssen für Württemberg-Baden den Anlass geben, die bisher üblichen Berechnungen von Prozentanteilen der Flüchtlingsbevölkerung und der Übrigen zugezogenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung oder Wohnbevölkerung abzulehnen.

Der Prozentanteil der Flüchtlinge an der Wohnbevölkerung ist übrigens weitgehend von dem Ausmass der Bevölkerung in Großstädten abhängig, denn die Großstädte konnten bisher wegen des hohen Zerstörungsgrades nur verhältnismässig wenig Flüchtlinge aufnehmen. Der Prozentanteil der Flüchtlinge an der Wohnbevölkerung beziffert sich am 1.1.49

in	bei der gesamten Wohnbevölkerung	bei der Wohnbevölkerung ohne die Großstädte
Württemberg-Baden	17,8	21,6
Hessen	15,2	17,8
Bayern	20,8	23,3

Unter Berücksichtigung der Großstädte vermindert sich der Abstand der württ.-badischen Anteilziffer von der bayerischen von 3 Prozentpunkten auf 1,7 Prozentpunkte.

3. Eine übermässige hohe Flüchtlingszuführung nach Württemberg - Baden war und ist durch die Struktur der Wohnverhältnisse unmöglich gemacht. Nach der Wohnraumstatistik scheinen die Wohnverhältnisse günstig, d.h. der Belegungsgrad liegt unter dem anderer Länder. Bei näherer Untersuchung ergibt sich aber die Tatsa-

che, dass die Wohnräume in Württemberg-Baden kleiner sind, als in den meisten anderen Ländern. Die Sozialstruktur und die Lebensform in Württemberg-Baden bringt es mit sich, dass man viele, aber meist kleine und nicht zum dauernden Wohnen verwertbare Räume hat. Die gesamte Bauweise wird ebenfalls durch die Lebensform bestimmt. Kleinst-Siedlerhäuser und Eigenheim (Einfamilienhaus) sind kaum mehr verbreitet als gerade in Württemberg-Baden. Die seit Jahrhunderten in Württemberg-Baden geübte Realteilung bedingte engsten Wohnungsbau mit kleinen Räumen. Sonderuntersuchungen haben ergeben, dass die Durchschnittsgrösse eines Wohnraumes im Realteilungsgebiet bei Städten 12 qm, auf dem Lande 10,2 qm, im Anerbengebiet dagegen 14,8 bzw. 12 qm beträgt. Im Allgemeinen richtet sich die Wohnraumgrösse nach der landwirtschaftlichen Betriebsgrösse. Daraus leitet sich die Tatsache ab, dass die Räume in Gebieten mit starker mittel- und großbäuerlicher Landwirtschaft wie Ober- und Niederbayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sicherlich grösser sind als in Württemberg-Baden, wo weitgehende Parzellierung und Realteilung eine anderweitig nirgends gegebene Fülle von Zwerg- und Kleinbetrieben der Landwirtschaft verursacht haben. Der Zahl der Räume nach mag Württemberg-Baden eine scheinbar unterdurchschnittliche Belegung aufweisen, sicher aber nicht, wenn man von der Wohnraumgrösse, also der Fläche des zur Verfügung stehenden Wohnraumes ausgeht.

4. Als einen besonderen Beweis des württ.-badischen Wohlstandes sieht man das Steueraufkommen und die Finanzkraft an. Dass diese "Medaille" aber eine negative Kehrseite hat, geht aus den folgenden Begründungen hervor: Württemberg-Baden scheint reich, weil als Folge der Realteilung Grund und Boden knapp sind und sich deswegen - in Geld gerechnet - ein hohes Grundvermögen ergibt. Der Kreis der Bodenkaufinteressenten ist in Württemberg-Baden sehr gross. Daraus folgt, dass auch die Einheitswerte in Württemberg-Baden höher sind als in allen anderen deutschen Ländern.
Einheitswerte 1935 in RM je ha landwirtschaftl., Weinbau- und gärtnerischen Vermögen:

Land	
Nord - Württemberg	1607,3
Nord - Baden	1754,2
Land Württemberg-Baden	1664,6
Bayern	898,2
Hessen	1313,0
Niedersachsen	1020,3
Westfalen	
Nordrhein-Westfalen	1283,8
Schleswig-Holstein	1111,8

Das hohe Steueraufkommen resultiert einmal aus der starken Progression der Steuersätze und ist zum anderen die Folge eines gesteigerten Geldverkehrs, der sich im Wesentlichen in den Großstädten abwickelt. Bei gleichem realen Wohlstand werden die Geldumsätze und Geldeinkommen umso höher sein, je mehr Mittel- und Großstädte ein Land hat. Württemberg - Baden gehört zu den Ländern mit hohem Großstadtanteil. In diesen Großstädten konzentriert sich die Wirtschaftskraft des Landes. Die Länder Niedersachsens und Schleswig-Holsteins sind nicht etwa wegen der Überbelegung mit Flüchtlingen so steuerschwach, sondern weil die großstädtischen Stadtstaaten (Hamburg und Bremen) ausgegliedert sind. Die hohe Steuerkraft Württemberg-Badens ist in erster Linie eine Folge seines Großstadtreichtums und keineswegs eines überdurchschnittlichen Wohlstandes. Zum Vergleich die Großstadtanteile der Länder:

Württemberg-Baden	25,4 v.H.
Hessen	18,6 v.H.
Bayern	15,3 v.H.
Niedersachsen	10,3 v.H.
Schleswig-Holstein	20,1 v.H.
Nordrhein-Westfalen	35,4 v.H.

Weiter ist zu beachten, dass in der württ.-badischen Gewerbe- und Industriewirtschaft die Qualitätsarbeit (Feinmechanik usw.) viel zahlreicher vertreten ist als in den anderen Ländern; diese Qualitätsarbeit bedingt einen fachlich umfassend ausgebildeten Facharbeiter, der als solcher eine höhere Entlohnung erhält. Der hohe Anteil dieser Arbeitskräfte in der Arbeiterschaft erhöht das durchschnittliche Lohneinkommen und damit auch das Steueraufkommen.

Das Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern je Kopf der Bevölkerung ist vom 21. Juni 1948 bis 31. März 1949 in

Württemberg-Baden	170,2
Hessen	158,2
Bayern	120,5
Niedersachsen	119,8
Schleswig-Holstein	100,2
Nordrhein-Westfalen	176,1
Hamburg	300,6
Bremen	225,4.

Württemberg-Baden zeigt Symptome des Wohlstandes und Reichtums; bei genauer Untersuchung stellen sie sich als Mängel heraus. Ein in Geld gerechnetes Grundvermögen - mag es hoch sein - ist nicht die Folge eines absoluten Reichtums - sondern eines Mangels, nämlich eines Mangels an Grund und Boden.

5. Die württ.-badische Landwirtschaft ist trotz der hohen Einheitswerte nicht entsprechend leistungsfähig. Abgesehen von Rheinland-Westfalen und den Stadtstaaten steht in Württemberg-Baden je Kopf der Bevölkerung weniger landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung als in den anderen Ländern der Bizone. Württemberg-Baden ist in höherem Maß als jedes andere Land des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln angewiesen. Württemberg-Baden - als vollkommen rohstoffarmes Land - (etwa im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen!) ist zum Eintausch von Nahrungsmitteln lediglich auf seine Fertigprodukte angewiesen.

Der Boden ist zwar in vielen Teilen des Landes recht gut, andererseits aber auch in seinen Erträgen durch geographische Beschaffenheit (Höhenlagen) gemindert. Die Landwirtschaft ist wie in allen Realteilungsgebieten weitgehendst parzelliert und mit Menschen überbesetzt. Etwa 80 v.H. der Landwirtschaftsbetriebe arbeiten wegen ihrer Kleinheit nur mit Familienangehörigen. Fremde Arbeitskräfte werden in geringer Zahl nur von den wenigen grösseren Betrieben benötigt. Im Gegensatz zu den Ländern mit starker mittel- und großbäuerlicher Landwirtschaft gibt es in der württ.-badischen Landwirtschaft für fremde Arbeitskräfte nur ganz wenige Arbeitsplätze. Von sämtlichen in der Landwirtschaft ständig beschäftigten Personen sind nur 10 v.H. familienfremde Personen. Die Erträge der Landwirtschaft liegen weit unter dem, was bei gleichen Boden- und Klimaverhältnissen in den norddeutschen Ländern herausgeholt wird.

Das dörfliche Handwerk ist überbesetzt und hat in der Landwirtschaft infolge der geringen Gelderträge schlechte Käufer. Das sich auf die Landwirtschaft aufbauende sekundäre Gewerbe hat in Württemberg-Baden, sofern es für die Landwirtschaft tätig ist, geringere Verdienstaussichten als in anderen Ländern.

Im Verhältnis zur bodenbedingten Tragfähigkeit ist Württemberg-Baden von den übrigen Ländern am dichtesten bevölkert.

6. Die württ.-badische Industrie. Der Kern des industriellen Lebens die Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie. Da keine Rohstoffe vorhanden sind, ist das Land auf die Zufuhr angewiesen, die sich in Ermangelung eines guten Verkehrsnetzes sehr schwierig gestaltet. (Keine Wasserstrassen, damit Verteuerung der Rohstoffe und demzufolge geringere Rentabilität der Industrie gegenüber anderen Ländern).

Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie setzen einen langjährig geschulten Qualitätsarbeiter oder Facharbeiter voraus. Dies schränkt die Verwendung von landfremden Arbeitskräften weitestgehend ein. Für die württ.-badische Industrie sind weiterhin erschwerende Momente: Die Preiserhöhung für Brennstoffe, die schlechte Standortlage in Bezug auf Kraft- und Energiestoffe, keine Wasserstrassen, schlechte Wasserversorgung überhaupt, selbst Schwierigkeiten im Verkehr innerhalb des Landes.

7. Handel und Verkehr sind in Württemberg-Baden, insbesondere in Württemberg verhältnismässig schwach besetzt. Die Zahl der in Handel und Verkehr erwerbstätigen Personen beträgt nur 13,6 v.H. der Erwerbstätigen, in Nordrhein-Westfalen aber 17,3 in Schleswig-Holstein 16,4 und Hessen 14,8; nur Bayern verfügt über eine ähnlich geringe Anteilziffer wie Württemberg-Baden. Die Ursache der geringen Beteiligung liegt hauptsächlich in der Verkehrsabgelegenheit von Württemberg, in dem Mangel an durchgehenden Eisenbahnen, Strassen und Wasserstrassen und in der ungünstigen Bodengestaltung.

8. Arbeitslosigkeit: Württemberg-Baden hat im Vergleich zu anderen Ländern stets eine geringere Arbeitslosigkeit, bedingt durch seine Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Auf Grund weitestgehender Realteilung besitzt der eingesessene Arbeiter vielfach Grund und Boden oder er hat Gemeinschaftseigentum daran. Wird er ar-

beitslos oder von Kurzarbeit betroffen, meldet er sich häufig nicht arbeitslos und wird deshalb in den Arbeitslosenzahlen nicht mitgezählt. Dies schliesst ihn von der Anteilnahme an der Arbeitslosenfürsorge aus. Er zieht sich auf seine kleine Landwirtschaft zurück, arbeitet mit auf dem Familienbesitz.

Daraus geht hervor, dass die sichtbare Arbeitslosigkeit (beim Arbeitsamt gemeldet) niedriger sein muss als in anderen Ländern. Die bei den Volks- und Berufszählungen 1933 und 1946 durchgeführte Auszählung der unsichtbaren (beim Arbeitsamt nicht gemeldeten) Arbeitslosen hat eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen ergeben. Geht man von der am 30.6.1949 festgestellten Arbeitslosenzahl (auf 1000 der Bevölkerung 47,4) aus und rechnet dazu die unsichtbare Arbeitslosigkeit, so würde sich die Zahl sicher auf über 90 (auf 1000 der Bevölkerung) erhöhen bei einem Stand von 93 (auf 1000 der Bevölkerung) im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Die geringere Arbeitslosigkeit in Württemberg-Baden ist also nicht etwa auf gesündere Wirtschafts- und Sozialverhältnisse zurückzuführen, sondern sie beruht hauptsächlich auf der sehr starken Verflechtung der Arbeiter mit Grund und Boden.

Diese Verflechtung hält auch die Zahl der Fürsorgebedürftigen niedrig. Ebenso wie bei der Arbeitslosigkeit werden Personen mit Grund und Boden oder Miteigentum daran aus der öffentlichen Fürsorge weitgehend ausgeschlossen. Die Lasten trägt nicht der Staat, sondern die eigene Familie.

9. Zusammenfassung:

- a) Württemberg-Baden ist ein übevölkertes Land,
- b) die seit Jahrhunderten gepflegte Realteilung führt zu einem sehr empfindlichen Mangel an Grund und Boden und damit zu hohem Grundvermögen, das eine hohe Finanzkraft und hohe Einheitswerte vertauscht.
- c) die württ.-badische Landwirtschaft ist in sehr hohem Ausmasse Zwerg- und Kleinlandwirtschaft,
- d) die württ.-badische Gewerbe- und Industrielwirtschaft ist in der Hauptsache Verarbeitungs- und Veredelungswirtschaft mit einem hohen Bedarf an Qualitätsarbeitskräften.

- e) diese Qualitätsarbeitskräfte erhöhen mit ihren höheren Löhnen ähnlich wie das hohe Grundvermögen das Steueraufkommen,
- f) das Steueraufkommen wird weiter erhöht durch den starken Anteil der großstädtischen Bevölkerung,
- g) die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Fürsorge-Betreuten ist verhältnismässig klein, weil infolge der Realteilung die Bevölkerung in hohem Ausmasse über kleinen Grundbesitz verfügt.

10. Die Zuführung von Flüchtlingen wird beschränkt durch:

- a) die bereits hohe Bevölkerungsverdichtung,
- b) in Verbindung damit durch das hohe Ausmass der großstädtischen Bevölkerung,
- c) vom Arbeitsplatz hergesehen durch den Bedarf an bodenständigen Qualitätsarbeitern in der Gewerbe- und Industriewirtschaft,
- d) durch den ganz geringen Bedarf an fremden Arbeitskräften in der Landwirtschaft,
- e) durch den geringen Arbeitskräfte-Bedarf des schwach ausgebildeten Wirtschaftszweiges Handel und Verkehr, schliesslich durch den sehr wichtigen Umstand
- f) der überaus schwierigen Wasserversorgung, die infolge Mangel an natürlichen Quellen schon für die heutige Bevölkerung und Wirtschaft nicht mehr ausreicht.

11. Vom statistisch-technischen Standpunkt aus ist zur Frage des Flüchtlingsausgleiches zu berücksichtigen:

- a) die heute vorhandenen statistischen Materialien sind viel zu wenig einheitlich und exakt, um eine brauchbare Basis für einen gerechten Ausgleich zu bilden,
- b) die bis heute übliche Berechnung von Prozentanteilen der Flüchtlinge an der Bevölkerungszahl muss ersetzt werden durch Ziffern des Bevölkerungsdruckes (Dichteziffern),
- c) im Mai 1950 findet eine grosse Volks-, Berufs- und Betriebszählung in den 4 Zonen statt; diese Zählung bringt für den Flüchtlingsausgleich bessere und einheitliche statistische Unterlagen,

- d) bis zum Vorliegen der Zahlen aus der Zählung von 1950 sollen die sonstigen für den Flüchtlingsausgleich benötigten Statistiken aus der gesamten Wirtschafts-, Sozial-, Finanzstatistik usw. für das ganze Westgebiet verbessert und vereinheitlicht werden, denn nur mit derartigen Zahlen lässt sich der Flüchtlingsausgleich gerecht durchführen. An dem Fehlen dieser Zahlen sind bisher alle Versuche, statistische Messziffern für den praktischen Flüchtlingsausgleich beizubringen, gescheitert.

Prof. Dr. Griesmeier

Zum Problem des Flüchtlingsausgleiches.

Westdeutschland zählte 1936 etwa 38 Mill. Einwohner; heute leben auf dem gleichen Raum neben 38,2 Mill. einheimischer Bevölkerung noch fast 9,3 Mill. zugewanderte Personen, darunter nahezu 7,3 Mill. Flüchtlinge, 885 000 Evakuierte aus der sowjetischen Besatzungszone und Grossberlin sowie 1,1 Mill. Ausländer. Die Neuaufnahme derartiger Bevölkerungsmassen in ganz kurzer Zeit und ihre befriedigende Eingliederung in das Wirtschaftsleben würde selbst einem Lande mit höchstentfalteter Wirtschaft und materiell gesicherten Weiterentwicklung unüberwindbare Schwierigkeiten bereiten.

In Westdeutschland aber haben Krieg und Kriegsfolgen die Bevölkerungsstruktur weitestgehend in Unordnung gebracht. Das Ausmass dieser Unordnung wird im besonderen dadurch gekennzeichnet, dass nach den Schätzungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets das reale Sozialprodukt im 2. Halbjahr 1948 ohne Auslandshilfen nur noch etwa 387 DM je Kopf der Bevölkerung betragen hat gegen einen Halbjahresbetrag von 571 RM 1936 und 698 RM 1938.

Es ist klar, dass ein derartiges Absinken des Sozialprodukts den Lebensstandard der Bevölkerung in unerträglichem Grade mindert und keine Hoffnung auf durchgreifende Besserung in absehbarer Zeit aufkommen lässt. Es ist weiter klar, dass eine Wirtschaft, die in der industriellen Erzeugung und in ihrem Aussenhandel starken Beschränkungen unterworfen ist, aus eigener Kraft nie einen Zustand schaffen kann, der Deutschland, Europa und die westliche Welt befriedigen kann. Hierüber macht man sich auch im Auslande allmählich Gedanken und man beginnt zu überlegen, wie geholfen werden könnte.

Im Vergleich zu der Grösse der Aufgabe, den neueingeströmten Bevölkerungsmassen einen angemessenen Lebensstandard im Rahmen der einheimischen Bevölkerung auf die Dauer zu sichern, ist der von einzelnen westdeutschen Ländern angestrebte innerdeutsche Flüchtlingsausgleich von untergeordneter Bedeutung, denn eine Verschiebung innerhalb der Länder würde an der Gesamtlage nichts Wesentliches ändern. Von der Einbeziehung der französischen Be-

satzungszone in den Flüchtlingsausgleich abgesehen, sollte ein Ausgleich nur dann stattfinden, wenn der verlagerten Bevölkerung an der neuen Heimstätte eine befriedigende und zugleich dauernde Lebenssicherung geboten werden kann.

Hierzu genügt nicht, an Hand von einfachen Prozentziffern den Anteil der Flüchtlinge und der sonst zugewanderten Bevölkerung an der Wohnbevölkerung oder Gesamtbevölkerung die Über- oder Unterbelastung eines Landes festzulegen; auch noch so komplizierte Schlüsselzahlen führen nicht zum Ziel, zumal die statistischen Unterlagen für diese Schlüsselzahlen im Ländervergleich vor der endgültigen Vereinheitlichung der Statistik in ganz Westdeutschland noch recht anfechtbar sind. Die mehr oder minder grosse Belastung einzelner Länder und einzelner Gebiete innerhalb der Länder kann heute nur annähernd über ein umfassendes Studium der gesamten Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur und - was vor allem wichtig ist - ihrer künftigen Ausbaumöglichkeit im Sinne der Eingliederung der Flüchtlinge und der sonst zugewachsenen Bevölkerung abgeschätzt werden. Dieses Studium hat sich naturgemäss nach den in jedem Lande anders gelagerten Gegebenheiten zu richten.

Für Württemberg-Baden beispielsweise müssten zur Prüfung der Frage, ob hier im Vergleich zu anderen Ländern eine Über- oder Unterbelastung mit zugewanderter Bevölkerung vorhanden ist und inwieweit das Land an andere Länder Bevölkerung abgeben oder übernehmen soll, in der Hauptsache folgende Tatbestände berücksichtigt werden.

Nach der Höhe der einfachen Anteilziffer der zugewanderten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und der engeren Flüchtlingsbevölkerung an der Wohnbevölkerung steht Württemberg-Baden Anfang 1949 nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern an 4. Stelle vor Hessen und Nordrhein-Westfalen in der Reihe der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, ohne dabei von den Durchschnittsziffern der Bizone nenneswert abzuweichen.

	Anteil der Flüchtlinge, Evakuierten und Aus- länder an der Gesamt- bevölkerung	Anteil der Flücht- linge an der Wohn- bevölkerung
	in v.H.	in v.H.
Schleswig-Holstein	40,6	33,7
Niedersachsen	33,3	25,9
Bayern	27,2	20,8
Württemberg-Baden	21,6	17,8
Hessen	19,9	15,2
Nordrhein-Westfalen	9,7	8,2
Doppelzone	21,6	17,0

Diese Ziffern weisen demnach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern gegenüber Nordrhein-Westfalen, Hessen und Württemberg-Baden als überbelastet aus. Aber diese Länder sind gleichzeitig Gebiete mit verhältnismässig geringer Bevölkerungsdichte. Auf 1 qm kamen nämlich vor dem Kriege in Niedersachsen 96,1, in Bayern 100,2 und in Schleswig-Holstein 101,5 Personen; dagegen in Nordrhein-Westfalen 350,5, in Württemberg-Baden 204,9 und in Hessen 164,8. Nordrhein-Westfalen und Württemberg besitzen weiter einen erheblich höheren Anteil der großstädtischen Bevölkerung als Niedersachsen, Bayern und auch Schleswig-Holstein. Die Großstädte aber sind bisher wegen ihrer starken Wohnraumverluste vor dem Zuzug fremder Bevölkerung weitgehend geschützt gewesen. Es liegt daher nahe, dass von der Zuwanderung in erster Linie zunächst die Räume mit geringer Bevölkerungsdichte betroffen wurden. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch in der sowjetischen Besatzungszone, wo nach den Ausweisen der Volkszählung am 29. Oktober 1946 die damalige Flüchtlingsbevölkerung in Mecklenburg bei einer Bevölkerungsdichte von nur 61,3 über 43 v.H. der Wohnbevölkerung umfasste, im Lande Sachsen bei einer Dichte von 321,6 aber nur 12,3 v.H.

Im Vergleich zu seiner bereits früher gegebenen Bevölkerungsverdichtung und in Gegenüberstellung zu anderen Ländern hat Württemberg-Baden mit der Aufnahme von rd. 840 000 zugewanderten Personen, darunter rd. 700 000 Flüchtlinge, eine grosse Leistung aufzuweisen. Berechnet man die Zuwanderungsdichte, d.h. die Zahl der zugewanderten Personen je Quadratkilometer, so rückt Württemberg-Baden in die 2. Stelle der Länderreihe

auf; die Reihenfolge, die sich nach der einfachen Anteilsziffer ergibt, wird somit massgebend verändert:

	Flüchtlinge	Flüchtlinge, Evakuierte und Ausländer
	je qkm	
Schleswig-Holstein	58,6	71,2
<u>Württemberg-Baden</u>	<u>43,5</u>	<u>53,5</u>
Niedersachsen	37,3	48,6
Hessen	30,6	40,4
Nordrhein-Westfalen	30,7	36,3
Bayern	37,2	36,1

Von dieser durch die Zuwanderung bewirkten Bevölkerungsver-
dichtung hergesehen wäre demnach Württemberg-Baden stärker be-
lastet als die anderen Länder der Doppelzone mit Ausnahme von
Schleswig-Holstein. Die Zuwanderung erhöhte bis zu Beginn des
Jahres 1949 die gesamte Dichteziffer des Landes auf 247,5; da-
mit ist der Bevölkerungsdruck nach wie vor wesentlich höher als
in Bayern (132,9), Niedersachsen (145,9), Schleswig-Holstein
(175,3) und Hessen (203,2).

Kann Württemberg-Baden bei diesem Bevölkerungsdruck noch
weitere Flüchtlingsmassen aufnehmen? Die Frage beantwortet
sich nur durch eine eingehende Untersuchung der heutigen Wirt-
schaftsstruktur und einer Prüfung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten;
Zielsetzung muss dabei die dauernde wirtschaftliche Sicherung
der gesamten im Lande wohnenden Bevölkerung sein. Dazu müsste
ferner geklärt werden, ob es überhaupt zweckmässig ist, nach
Württemberg-Baden schon in nächster Zeit Flüchtlinge in grösser-
er Zahl einzuschleusen.

Bei der Prüfung der ersten Frage ist vorweg zu berücksich-
tigen, dass in Württemberg-Baden nennenswerte industrielle Roh-
stoffe fehlen und auch der Rohstoff Holz nur in beschränktem
Masse vorhanden ist. Darum besitzt die Industriewirtschaft aus-
geprägt den Charakter einer Verarbeitungs- und Veredelungsin-
dustrie. Diese Industrie hat noch vor und während des Krieges
ein Ausbaustadium erreicht, das in absehbarer Zeit nicht mehr
erhöht werden kann, weil vorerst für den Absatz ihrer hochwer-
tigen Erzeugnisse die inländische Kaufkraft und ein entsprechend
ausgedehnter Export fehlen. Der starke Einschlag einer hochent-
wickelten Qualitätserzeugung erfordert weiter besonders ausge-
bildete Facharbeiter, die in der Flüchtlingsbevölkerung zumeist
nicht vorhanden sind.

Sehr wenig aufnahmefähig sind sodann im Vergleich zu anderen Ländern Handel und Verkehr, denn die Verkehrsabgelegenheit, der Mangel an durchgehenden Eisenbahnen, Strassen und Wasserstrassen vornehmlich in Württemberg drückt den Anteil der in Handel und Verkehr beschäftigten Personen; von 100 Erwerbstätigen finden sich in Handel und Verkehr nur 13,6 gegen 17,3 in Nordrhein-Westfalen und 16,4 in Schleswig-Holstein. Eine Besserung könnte hier durch den Ausbau der Verkehrswege nur auf lange Sicht erwartet werden.

Noch schlechter ist es mit der Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft bestellt. Die seit Jahrhunderten geübte Realteilung, d.h. die Aufteilung von Grund und Boden im Erbgang, hat hier eine anderwärts nicht bekannte Aufsplitterung der Landwirtschaft in kleine und kleinste Betriebe bewirkt, die nur mit Familienangehörigen arbeiten und fremde Arbeitskräfte kaum benötigen. Darum beträgt in Württemberg-Baden der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte auch nur 10 v.H. aller in der Landwirtschaft tätigen Personen. Diese Struktur der Landwirtschaft und ihr Charakter als Familienwirtschaft beschränken weitgehend auch das Mass des ländlichen Handwerks, denn der Grossteil der Landwirtschaftsbetriebe verfügt über Familienmitglieder, die in Gewerbe und Industrie beschäftigt sind und die im Landwirtschaftsbetrieb anfallenden handwerklichen Arbeiten selbst leisten können.

Das Fehlen einer höheren Zahl grösserer Landwirtschaftsbetriebe setzt dazu noch der Siedlung von Flüchtlingen engste Grenzen.

Bei dieser Struktur der Gesamtwirtschaft in Württemberg - Baden und der heute im Gegensatz etwa zu einem Lande mit starker industrieller Rohstoffgrundlage unmöglichen Ausweitung der Industriewirtschaft und der äusserst beschränkten Aufnahmefähigkeit für fremde Arbeitskräfte der übrigen Wirtschaftszweige müsste eine weitere Übernahme von Flüchtlingen zu entsprechend steigender Arbeitslosigkeit führen. Trotzdem in Württemberg - Baden zur Unterbringung der Flüchtlinge in Arbeit bisher jede Möglichkeit ausgeschöpft wurde, sind schon heute sehr viele Flüchtlinge ohne Arbeit oder ohne genügend lohnende Arbeit. Wenn in Württemberg-Baden übrigens das zahlenmässige Ausmass der gesamten Arbeitslosigkeit hinter dem Ausmass anderer Länder

zurückbleibt, so ist dies zum wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, dass als Folge der schon erwähnten Grundbesitzverteilung die einheimischen Arbeitskräfte sich während der Entlassung aus gewerblicher Arbeit auf ihre Kleinlandwirtschaft zurückziehen und sich nicht beim Arbeitsamt registrieren lassen. Diese sogen. unsichtbare Arbeitslosigkeit hat nach Sonderuntersuchungen in der Regel das gleiche Ausmass wie die sichtbare, d.h. die dem Arbeitsamt gemeldete Arbeitslosigkeit. Aus gleicher Ursache sind, nebenbei bemerkt, auch die Zahlen der Fürsorgebetreuten in Württemberg-Baden zumeist kleiner als in anderen Ländern, in denen der Mitbesitz breiterer Bevölkerungsschichten an Grund und Boden im württ. - badischen Ausmasse fehlt.

Hindert schon heute die mangelnde künftige Ausbaumöglichkeit des vorhandenen Wirtschaftslebens die weitere Aufnahme von Flüchtlingsmassen im Lande Württemberg-Baden, so wird die Aufnahmefähigkeit erheblich beschnitten werden, wenn es zur Bildung des Südweststaates oder auch zur Wiedererrichtung der alten Länder Württemberg und Baden kommen wird. Süd-Württemberg wie Süd-Baden sind heute relativ arme Länder; das Wirtschaftsleben ist dort mehr geschwächt worden als in den Nordgebieten und Ausbaumöglichkeiten fehlen genau so wie im Norden. Die höhere Finanz- und Steuerkraft von Nord-Württemberg und Nord-Baden, die im wesentlichen ein Ausdruck der hier stark vertretenen Großstadtbevölkerung der Besitzzersplitterung bei Grund und Boden und der höheren Löhne in der Qualitätsindustrie ist, wird durch die Vereinigung mit den Südgebieten erheblich gedrückt. Dazu kommt, dass gerade ertragreiche Steuern künftig auf den Bund übergehen werden. Das Ausmass der Minderung lässt sich an dem Steuerertrag in der Zeit vom 21. Juni 1948 bis Ende März 1949 annähernd abschätzen. Darnach betrug im Lande Württemberg-Baden das gesamte Steueraufkommen 225.- DM je Kopf der Bevölkerung, in Württemberg-Hohenzollern etwa 150,0 DM und in Baden um 174 DM. Im gesamten Südweststaat liegt die Kopfquote um 190 DM. Für die im neuen Bundesstaat den Ländern verbleibenden Steuern errechnen sich für Württemberg-Baden 120,0 DM je Kopf, Württemberg-Hohenzollern 76,6 DM, Baden 75,7 DM, für den Südweststaat 103,2 DM, davon für das frühere Land Württemberg 111,4 DM und das frühere Land Baden 92,5 DM.

Dieser Hinweis gibt gleichzeitig die Antwort auf die zweite oben gestellte Frage, ob es zweckmässig ist, in das heutige Land

Württemberg-Baden noch Flüchtlinge in grösserer Zahl zu übernehmen oder sich hierzu für einen späteren Zeitpunkt zu verpflichten. Dies verbietet ohne Zweifel die bevorstehende Neuordnung im Südwestraum, die neben der Verminderung der Finanz- und Steuerkraft im neuen Staate auch umfangreiche wirtschaftliche Veränderungen auslösen wird, deren Auswirkungen auf eine gesicherte Beschäftigung von Flüchtlingen vorerst noch nicht abgeschätzt werden können.

Was für das Land Württemberg-Baden und den ganzen Südwestraum gilt, gilt mehr oder minder für die anderen Länder Westdeutschlands, denn jedes Land muss mit künftigen strukturellen Änderungen seiner Wirtschaft und vielleicht auch mit Änderungen seines Staatsgebietes rechnen. Das Studium der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur und ihrer künftigen Entfaltungsmöglichkeit wird für alle Länder wohl ähnliche Ergebnisse bringen wie für Württemberg-Baden; es wird weiter mit grosser Wahrscheinlichkeit bewiesen, dass zwar ein gewisser Flüchtlingsausgleich notwendig ist, dieser Ausgleich aber nicht sofort und in kurzer Zeitspanne durchgeführt werden kann. Es wird vermutlich auch zeigen, dass es vorerst mit Rücksicht auf eine dauernde Arbeitsplatzsicherung der Flüchtlinge zweckmässiger ist, den überlasteten Ländern wie bisher mit dem Notbehelf des Finanzausgleichs entgegenzukommen.

Die Untersuchungen werden nicht zuletzt feststellen, dass die dem heutigen Westdeutschland im Industrieplan zugebilligte industrielle Erzeugung und die bisherige Beteiligung Westdeutschlands an der Aussenhandelswirtschaft der Welt mit einem Drittel des Kopfbetrages von 1936 in keiner Weise für eine befriedigende Eingliederung der eingeschleusten Bevölkerungsmassen genügen. Diese Eingliederung kann vielleicht durch entsprechende finanzielle und wirtschaftliche Hilfsmassnahmen des Auslands für eine spätere Zeit erreicht werden. Zur Soforthilfe wäre vorweg im gesamten deutschen Raum ein Wohnungsbau grössten Ausmasses einzuleiten, der sich auf zahlreiche andere gewerbliche und industrielle Wirtschaftszweige auswirken und so der Massenarbeitslosigkeit entgegenarbeiten könnte. Gleichzeitig müsste besonders in Ländern und Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte ein Ausbau der Wirtschaft begonnen werden, der den Massen der neuen Bevölkerung die Sesshaftmachung bei befriedigendem Lebensstandard ermöglicht. Hierbei müssten vornehm-

lich Wirtschaftszweige bevorzugt werden, deren Absatz in der Zukunft gesichert ist, in erster Linie die Veredelungserzeugung bei der Landwirtschaft, damit Deutschland der Welt durch die Lieferung von höherwertigen Nahrungsmitteln nicht weiter allzusehr zur Last fällt. Bei der Industriegewirtschaft sollten hauptsächlich Fertigungen berücksichtigt werden, die ähnlich wie die landwirtschaftliche Veredelung die Abhängigkeit vom Auslande mildern. Nicht zuletzt aber sollte die gesamte deutsche Exportwirtschaft in höchstmöglicher Form entfaltet werden, und dies schon deshalb, damit Deutschland die ausländische Hilfeleistung für die Eingliederung der Flüchtlingsmassen in die deutsche Volkswirtschaft wieder zurückerstatten kann.

Stuttgart, den 26. August 1949